gesagt hat: „Dann müßt ihr einmarschieren. Ich werde keinen Gottesdienst absagen." – Ich glaube, auch an der Stelle muß man sich sehr genau anschauen, was los war.

Ich kann mich auch noch an Mitglieder im eigenen Gemeindekirchenrat erinnern, die aus Protest ihr Amt zunächst niedergelegt haben und ausgetreten sind, weil sie gesagt haben, daß sie mit der Friedensarbeit nichts zu tun haben wollten, die dann aber ein Jahr oder zwei Jahre später wieder zurückkamen und dann zu den Aktivposten gehört haben.

Ich glaube also, daß auch wir uns verändert haben, daß wir nicht mehr das gewesen sind, was wir am 17. Juni 1953 oder am 13. August 1961 waren.

Ein abschließender Satz: Man fragt dann ja auch: Wie kann man dabeibleiben? Bei mir jedenfalls war es so, daß ich nur deshalb dabeigeblieben bin, weil da Freunde waren, weil da Verbündete waren, und zwar auch innerhalb der Kirche, wie Stolpe, die dann den Schirm aufgehalten und auf unserer Seite gestanden sind. Noch folgendes auch ein bißchen in Richtung unseres verehrten Freundes Jacobsen: Ich habe den Willy Brandt verehrt. Schmidt ist für mich ein interessanter Mann gewesen. Das gilt auch für Barzel und für Wehner, um noch ein paar andere zu nennen. Lech Walesa, Gorbatschow, Reagan und, wenn Sie so wollen, auch Kohl sind für mich wichtige Menschen, wichtige Politiker gewesen. Aber lebensnotwendig für mich waren die Leute in der Gruppe, in der Gemeinde, und solche Leute wie Gert Weisskirchen, Stefan Schwarz, oder Journalisten wie Herr Baum oder Herr Schwarz, die uns Informationen mitgebracht, die Briefe geliefert haben. Das ist – bei allem Respekt vor dem Mann – Helmut Schmidt nicht gewesen. (Beifall)

Gesprächsleiter Dr. Armin Mitter: Vielen Dank, Rainer Eppelmann. In den Beiträgen ist deutlich geworden, daß ein wichtiger Einschnitt für oppositionelles, widerständiges Verhalten das Jahr 1987 gewesen ist. Ich möchte Herrn Meckel die Frage stellen – auch er hat dieses Datum genannt –, welche Bedeutung das Jahr 1987 für seine konkrete politische Tätigkeit hatte.

Markus Meckel, MdB: Es ist schwierig, das in Kürze zu machen. Gleichwohl möchte ich versuchen, ein paar Dimensionen aufzuzeigen. Ich kann das auch nicht an einem einzelnen Jahr festmachen. Aber 1987 war schon ein wichtiges Jahr, weil in diesem Jahr Verschiedenes zusammenkam.

Die Abrüstungspolitik und die Gorbatschowsche Politik haben zusammen mit dem, was damals unter dem Stichwort „Neues Denken" die Politik prägte, einen größeren Spielraum für die innenpolitischen Entwicklungen der Satellitenstaaten mit sich gebracht, die meines Erachtens übrigens auch vom Westen her nicht in genügendem Maße erkannt worden waren, die jedenfalls nicht zu einer neuen Konzeption führten mit dem Ziel, die eigene innere Demokratisierung dieser Staaten zu unterstützen. Das ist die eine Dimension. In dieser Zeit hat sich eine orthodoxe Achse der Betonköpfe

herausgebildet, die von der DDR über die Tschechoslowakei bis hin nach Rumänien reichte, während in den anderen Satellitenstaaten mehr an Reformen und Veränderungen geschah. Ich denke, es ist wichtig, diesen Rahmen zu Beginn zu nennen.

Des weiteren gab es den Honecker-Besuch in Bonn. Im Vorfeld dieses Honecker-Besuchs wurde das SPD/SED-Papier veröffentlicht, das in der DDR-Opposition – wie wir das heute so pauschal nennen – umstritten war, das hier aber doch zu einem großen Teil für sehr gut gehalten wurde, weil man mit diesem Papier gegenüber der SED argumentieren konnte. In diesem Zusammenhang gab es ja z. B. die Erfahrung des Olof-Palme-Marsches – Katrin Eigenfeld hat schon darauf hingewiesen –, bei dem wir zum erstenmal unangefochten mit eigenen Transparenten und Forderungen durch Städte und Dörfer gehen konnten, während solche Schilder vorher immer zerrissen oder weggenommen worden waren. Eigenständiges konnte plötzlich in begrenzter Öffentlichkeit geschehen. Das gab vielen Hoffnung.

Ende 1987 kam dann der Bruch. Damit zerbrach bei allen die Hoffnung darauf, daß sich das DDR-System von oben her in irgendeiner Weise ändern könnte. Ich nenne hier in Stichworten die Umweltbibliothek, die Rosa-Luxemburg-Demonstration Anfang Januar 1988, die schwere Enttäuschung vieler, die nach dem Weggang derer, welche dort aktiv waren, zurückblieben. Von da an sagten wir: „Wir brauchen neue Strukturen." – Gerd Poppe hat schon berichtet von den Zirkeln in den siebziger Jahren, aus denen sich dann die Gruppen und die Vernetzungen gebildet haben. Im Jahre 1988 wurden schließlich bei einer Reihe dieser Leute Überlegungen angestellt, wie man aus dem kirchlichen Rahmen in die Gesellschaft hineinwirken und eigene Strukturen schaffen könnte.

Ich habe damals gemeinsam mit Martin Gutzeit den Plan gehabt, einen Verein „Bürgerbeteiligung" zu gründen. Das haben wir dann nicht gemacht, weil wir das aus verschiedenen Gründen doch nicht mehr für sinnvoll hielten. Im Januar 1989 haben wir beschlossen, eine sozialdemokratische Partei in der DDR zu gründen. Ich könnte das inhaltlich noch genauer ausführen, z. B. hinsichtlich der Frage, weshalb wir eine Partei wollten, damit aber bei allen anderen nicht auf Gegenliebe stießen. Aber das ist vielleicht doch eine Sache für sich.

Dieser Bruch war für eigenes konzeptionelles Handeln wichtig. Wir wollten die Zuständigkeit für unsere Wirklichkeit zurückgewinnen. Dafür brauchten wir feste, selbstgewählte Strukturen, so daß wir nicht bei jeder Diskussion von vorn mit der Klärung der Frage anfangen mußten, was wir wollen oder nicht wollen. Es ging ja auch um die Frage nach dem Mandat. In den achtziger Jahren gab es da in den verschiedenen Gruppen einen ständigen Kampf, in dem klargestellt werden mußte, daß nicht nur derjenige, der am schnellsten redet, etwas zu sagen hat. Der Klärungsprozeß war nicht einfach, wer für wen

Sprecher sein kann. Solche Diskussionen haben uns im Rahmen von „Frieden konkret“ über Jahre beschäftigt.

Ich denke, daß diese Zeit der Strukturbildung und der unterschiedlichen Ansätze von zentraler Bedeutung war. Das ist auch vor dem Hintergrund der Zielvorstellungen darüber zu sehen, was man als anderes System wollte. Hier standen wir auch mit der Forderung nach einer repräsentativen, eben einer parlamentarischen Demokratie ziemlich allein.

Gesprächsleiter Dr. Armin Mitter: Vielen Dank, Herr Meckel. Herr Poppe, Sie haben keine Partei gegründet, Sie sind eine Bürgerbewegung geblieben. Inwiefern unterschied sich Ihr Kurs von dem, was Herr Meckel zu der Zeit von 1987/88 gesagt hat?

Gerd Poppe, MdB: Ich kann das durch die Aufzählung dessen beschreiben, was wir in dieser Zeit gemacht haben. Das eine ist beispielsweise, daß sich die Menschenrechtsgruppen, die es in der Zwischenzeit in mehreren Orten gab, konsolidierten, daß sie in jenem Jahr erstmals in größerem Umfang eigene Blätter herausgegeben haben. Ich nenne hier den „Grenzfall“, die „Umweltblätter“ oder vergleichbare Versuche, die es anderenorts gegeben hat. Das Vorhaben, tatsächlich eine Gegenöffentlichkeit zu bilden, sich laut und vernehmlich zu artikulieren, sei es auch nur mit einer Auflage von 1.000 Exemplaren, hatte zumindest zu einem gewissen Erfolg geführt.

Ich erinnere auch an verschiedene Aktivitäten, die insbesondere mit den Ländern in Ostmitteleuropa zusammenhingen. Ich nenne hier die Gemeinsame Erklärung zum 30. Jahrestag der ungarischen Revolution Ende 1986. Das war eine wichtige Sache, daß Dissidenten aus Polen, aus Ungarn, aus der Tschechoslowakei, aus Jugoslawien, aus der Sowjetunion und aus der DDR gemeinsam eine Erklärung herausgaben, die sich in scharfer Form gegen das System richtete, indem sie die ungarische Revolution als solche feierte.

Ich erwähne hier noch die Erklärung zum zehnjährigen Bestehen der „Charta 77“. Im Jahre 1988 ging das weiter mit solchen Versuchen wie einer Veranstaltung zu Rumänien, einer ziemlich gut besuchten Veranstaltung in der Gethsemanekirche in Berlin zu den Menschenrechtsverletzungen durch das Ceausescu-Regime. Solche Aktivitäten nahmen in der Zeit erheblich zu.

Als wichtigste im Jahr 1987 betrachte ich die Ereignisse um die Zionskirche. Da sollte ja der Versuch unternommen werden, die Menschen in der Umweltbibliothek beim Drucken des „Grenzfall“ zu ertappen. Das gelang zwar nicht, aber es kam zu Verhaftungen und zu den ersten sehr beeindruckenden Solidaritätsveranstaltungen in der DDR. Zwar hatten wir im Falle von Verhaftungen auch vorher schon immer versucht, uns solidarisch zu zeigen, und es kamen auch stets viele Erklärungen aus dem Westen. Wie ich glaube, ist es aber 1987 zum erstenmal gelungen, durch eine sehr deutliche Protesthaltung, und zwar durch eine neu gewählte Form des Protestes, nämlich der Mahnwache, erreichen, daß die Gefangenen freigelassen wurden.

Abgesehen davon war dies der erste Schritt der Bewegung aus der Kirche heraus. So wichtig die Kirche Anfang der achtziger Jahre war, damit sich diese Gruppen bilden, damit sie arbeiten und eine bestimmte Teilöffentlichkeit erreichen konnten, so wichtig war es auch, die Kirche schließlich wieder zu verlassen. Wenn die vielen Gruppen, die vielen jungen Menschen die Kirche nicht verlassen hätten, wenn sie nicht auf die Straße gegangen wären, dann wäre es zu den Ereignissen im Jahre 1989 nicht gekommen.

Die Ereignisse um die Zionskirche herum sind gewissermaßen symbolisch der erste Schritt aus der Kirche heraus gewesen. Die Menschen gingen hinaus, machten eine Mahnwache vor der Tür, und die Bewohner aus der Umgebung brachten Tee und Brote. Das war ein neuer Kontakt, eine neue Öffnung in die Gesellschaft hinein. Das war in Verbindung mit den Nachfolgeereignissen im Jahr 1988 ein sehr wichtiger Schritt.

Dr. Hans-Jürgen Fischbeck: Ich möchte schildern, wie wir versucht haben, im Dialog mit der Kirche zu politischer Opposition zu kommen. Auch das begann im Jahre 1987, rührte aber her vom Herbst 1986, nämlich vom 25. Jahrestag des Baus der Mauer, an dem einer meiner Freunde, nämlich Reinhard Lampe, der damals Mitglied unserer Gemeinde war, eine einsame Protestaktion an der Mauer gemacht hatte und ins Gefängnis kam. Das brachte mich und unseren Gemeindekirchenrat dann dazu, einen Antrag an die Synode Berlin-Brandenburg zu unterstützen, den Reinhard Lampe, Stephan Bickhardt und Ludwig Mehlhorn auch in einer bestimmten Kommunikation mit mir im Herbst 1986 verfaßten, nachdem Reinhard Lampe nach Intervention von Gottfried Forck nach seiner Verurteilung aus dem Gefängnis wieder freigekommen war. Dieser Antrag ist nach intensiven und erregten Debatten im Gemeindekirchenrat durch den Gemeindekirchenrat übernommen worden, nachdem er eine gewisse Änderung erfahren hatte. Die Übernahme des Antrags durch den Gemeindekirchenrat war von Bedeutung, weil der Gemeindekirchenrat in der Synode antragsberechtigt ist. Wir mußten also ein Gremium finden, das einen solchen Antrag unterstützte.

Ich selbst war, wie ich vorhin schon gesagt habe, Synodaler. Insofern kam natürlich auf mich die Aufgabe zu, im April 1987 den Antrag in die Synode einzubringen. Der Antrag richtete sich gegen die Abgrenzungspolitik. Er enthielt zwischen den Zeilen aber auch eine klare Stellungnahme gegen die innere Abgrenzung des Machtsystems der DDR. Es war also der Versuch einer Absage sowohl an Geist, Logik und Praxis der Abschreckung als auch an Praxis und Prinzip der Abgrenzung, wie wir gesagt haben, um damit unsere Kirche zu einer prinzipiellen Kritik an den Grundlagen des Staates zu bewegen.

Das war bis dahin von den Kirchen, die sich auf den Weg des 6. März 1978 begeben hatten und diesen Weg auch weitergehen wollten, abgelehnt worden. Wir aber meinten, daß dieser Weg nicht einfach weitergegangen

werden dürfte, sondern daß die Kirche die Staatslüge entlarven müßte und sich zu den Menschen und nicht zu den Mächtigen stellen sollte. Das war unser Anspruch.

Die Synode hat den Antrag erst einmal mit großem Beifall begrüßt, so daß ich schon glaubte, daß er angenommen oder zumindest in wesentlichen Teilen angenommen werden würde. Diese Erwartung wurde aber leider enttäuscht.

In meiner Naivität bin ich nicht in den Tagungsausschuß gegangen. In dieser Synode hatte ich eine andere Aufgabe. Ein kleiner Formulierungsausschuß im Tagungsausschuß der Synode machte unseren Antrag im wesentlichen zunichte. Vier der fünf Punkte, die dann beschlossen wurden, standen am anderen Tag im „Neuen Deutschland". Das war ein furchtbarer Schlag für mich. Durch einen schnell eingebrachten Initiativantrag habe ich es dann noch erreicht, daß die Synode an dem ursprünglichen Antrag weiterarbeitete.

Nach diesem Ereignis haben wir auch aus Mitgliedern der Bartholomäus-Gemeinde eine Initiativgruppe gebildet und einen Aufruf verfaßt, der sich an Christen, an Gemeinden und an Gemeindekirchenräte richtete. Dieser Aufruf wurde beim Berliner Kirchentag 1987 verbreitet, und die Teilnehmer wurden aufgefordert, sich mit diesem Antrag zu beschäftigen und gegenüber dem Präsidium der Bundessynode dazu Stellung zu nehmen, zu sagen, ob sie diesen Antrag unterstützen oder was sie sonst dazu meinen. Dies ist dann auch in für DDR-Verhältnisse relativ breiter Form erfolgt. Ungefähr 200 Zuschriften an das Präsidium der Bundessynode hat es gegeben, darunter 15 Zuschriften aus CFK-Kreisen, in denen dieser Antrag abgelehnt worden ist. Alle anderen haben dem Antrag zugestimmt.

Almuth Berger, unsere Pastorin, hat es dann erreicht, daß sich Heino Falcke diesen Antrag zu eigen gemacht und ihn im September 1987 in die Bundessynode eingebracht hat. Die Bundessynode stand allerdings unter dem Eindruck der schon erwähnten drei Ereignisse, nämlich des SPD/SED-Papiers, des Olof-Palme-Marsches und des Honecker-Besuchs in der Bundesrepublik, war der Meinung, daß sich das DDR-Regime schon öffne, fragte sich deshalb, was ein solcher Antrag, der in diesem Sinne kontraproduktiv sei, solle, und lehnte den Antrag de facto ab. Im November 1987, also durch die Ereignisse um die Zionskirche, zeigte sich jedoch, daß wir recht hatten, das heißt, das es lediglich nach außen gerichtete Gesten waren, keineswegs eine innere Öffnung.

Ein weiterer Schritt zum Voranbringen unseres Anliegens gelang mit der Ökumenischen Versammlung. Dazu möchte ich etwas sagen, weil die Ökumenische Versammlung, jedenfalls bis zum jetzigen Zeitpunkt, bei dieser Anhörung keine Rolle gespielt hat.

Wenn man die Rolle der Kirche richtig einschätzen will, dann darf man die Ökumenische Versammlung nicht außer acht lassen. Faktisch ist es doch so – dieser Bezug ist sehr wichtig –: Die Berlin-Brandenburgische Kirche

und die Bundessynode haben sich zu einer Grundsatzkritik nicht bereit gefunden; aber sie haben die Ökumenische Versammlung zusammen mit 19 anderen Kirchen in der AGCK einberufen, dabei auch wesentliche Vertreter oppositioneller Gruppen in diese Ökumenische Versammlung delegiert und gesagt, die Ökumenische Versammlung spreche für sich selbst. De facto war sie aber doch eine Art Kirchenparlament.

Ein entsprechender Wille muß vorhanden gewesen sein. Ich wurde also in die Ökumenische Versammlung delegiert und hatte die Gelegenheit, in einem Zeugnis der Betroffenheit einem anderen als Michael Beleites unser Anliegen vorzutragen. Unsere Forderung, die Abgrenzungspolitik, die Politik der inneren und äußeren Abgrenzung, zu überwinden, ist von den Medien – ich konnte nicht davon ausgehen – sehr umfassend verbreitet worden. Sogar in der „Tagesschau“ und in der „heute“-Sendung wurde davon berichtet. In meinem Petitum hatte ich also auch die innere Abgrenzung angegriffen, wobei der Spitzensatz war, daß die Mauer der Beweis für den inneren Unfrieden in unserer Gesellschaft sei.

In der Folgezeit haben wir uns dann durch das Verhalten in unserer Initiativgruppe relativ schlüssig und zielstrebig politisiert. Wir hatten also jetzt eine Absage gefordert. Die Kirche ist uns darin zwar nicht gefolgt, aber in der Ökumenischen Versammlung ist das aufgenommen worden. Dort wurde die Arbeitsgruppe 3 „Mehr Gerechtigkeit in der DDR“ gebildet. Diese Arbeitsgruppe 3 tat das, was wir gewollt haben, das heißt, sie übte eine prinzipielle Kritik und forderte in ihren Beschlüssen einen demokratischen Rechtsstaat in der DDR. So kann man das sagen. Die Meinungsbildung, die dort stattfand, war für die demokratische Revolution in der DDR sehr wesentlich, auch wenn sie mit ihren Forderungen vom April 1989 nicht in allen Punkten bis in den September/Oktober hinein gewirkt hat.

Im Rahmen des Prozesses unserer Politisierung haben wir uns dann gefragt, was wir tun können, um Abgrenzungen zu überwinden, und wir haben uns auf die Kommunalwahlen im Jahre 1989 konzentriert. In vier Offenen Briefen, die wir, so gut es ging, verbreiteten, haben wir auf diese Kommunalwahlen hingewiesen und geschrieben: „Ihr könnt ja doch wählen. Ihr könnt wählen zwischen Wählen und Nichtwählen. Ihr könnt auch alle Namen durchstreichen, und ihr könnt die Auszählung der Stimmen beobachten.“ – Sie alle wissen ja – das brauche ich nicht weiter zu erzählen –, welche Rolle die Wahlfälschung dann gespielt hat.

Die Wahlfälschung hat die Kirche wirklich sehr tangiert. Alle Generalsuperintendenten sind beim jeweiligen Ersten Sekretär der SED-Bezirksleitung vorstellig und dort in einer unglaublichen Weise abgefertigt worden. Daraus haben wir die Prognose hergeleitet, daß die Kirche nun bereit sein müsse, den Weg des 6. März zu verlassen. In der Bundessynode in Greifswald war noch von einem Grundvertrauen zwischen Staat und Kirche die Rede gewesen.

Wir waren der Meinung, daß durch die aufgedeckte Wahlfälschung auch in den Augen der Kirche der gröbliche Bruch dieses Grundvertrauens manifest geworden sein mußte. Hinzu kam ja nun, daß der Bischof und die Generalsuperintendenten, wie oben gesagt, regelrecht abgefertigt wurden, als sie bei den Ersten Sekretären der Bezirksleitungen vorstellig geworden waren.

Vor diesem Hintergrund haben wir im Juni einen Brief verfaßt, der nach meiner Einschätzung die erste Initiative zum Runden Tisch war. In diesem Brief haben wir die Kirchen aufgefordert, zu autorisierten „Gesprächsrunden" einzuladen. So haben wir das genannt, weil wir den Begriff „Runder Tisch", der ja in Polen schon verwendet worden war, nicht in den Mund nehmen wollten.

Der letzte Schritt hin zu unserer Politisierung war dann eine Veranstaltung der Bekenntnis-Gemeinde aus Anlaß des 28. Jahrestages des Baus der Mauer am 13. August 1989. Da haben wir wohl zum erstenmal mit westlicher Medienöffentlichkeit gefordert, in der DDR eine politische Sammlungsbewegung zu gründen. Das ist dann beispielsweise mit der Überschrift „DDR-Opposition geht an den Start" in der „taz" erschienen. Das hat uns veranlaßt, am 12. September den Gründungsaufruf für „Demokratie Jetzt" zu verbreiten, in den die Beschlüsse der Ökumenischen Versammlung in dem Thesenpapier für eine demokratische Umgestaltung der DDR wesentlich eingegangen sind. (Beifall)

Gesprächsleiter Dr. Armin Mitter: Vielen Dank, Herr Fischbeck. Eine der wichtigsten Institutionen, die oppositionell-widerständiges Verhalten repräsentiert hat, war die Umweltbibliothek. Carlo Jordan ist einer der Mitbegründer der Umweltbibliothek. Herr Jordan, vielleicht können Sie aus der Perspektive der Umweltbibliothek diese Zeit zwischen 1987 und 1989 resümieren.

Carlo Jordan, MdA: Mit der Umweltbibliothek hat sich das Ministerium für Staatssicherheit die erste öffentliche Niederlage in seiner Geschichte zugezogen. Das konnte von vielen weit und breit mitverfolgt werden.

Im Verhältnis zu den Oppositionsgruppen war bei uns in der Umweltbibliothek neu, daß sich aufgrund unserer Konstruktion alle Menschen zu uns trauten. Zu den konspirativen Gruppen wagte sich ja kaum jemand, und gegen die Kirche gab es Vorbehalte. Durch den Begriff „Umweltbibliothek" wirkten wir dagegen weit in den Apparat hinein, und wir fanden in Verbindung mit dem neuen ökologischen Denken auch eine breite Akzeptanz.

Zugleich hat die Umweltbibliothek den Beginn der Bürgerbewegung dargestellt. Die Umweltbibliothek ist als erste wirklich auch von ganz einfachen Menschen unterstützt worden, und zwar in jeder Form, z. B. mit Essen, wenn wir die Mahnwachen dort abgehalten haben. Das war für uns schon ein ganz großes Gefühl. Das setzte sich fort, indem wir bereit waren, uns neuen Gruppen, die dem Durchschnittsbild der DDR-Oppositionellen nicht entsprachen, zu öffnen.

Das waren zunächst einmal Intellektuelle, die wir suchten, welche in der Ökologiebewegung bisher völlig fehlten. Diese saßen beispielsweise warm in den Akademien und in ihren Universitäten, und sie wollten sich nicht auf so windige Sachen wie die, die in den kleinen Gruppen diskutiert wurden, einlassen. Wir haben uns deshalb zunächst einmal auch denjenigen geöffnet, die einen Antrag auf ständige Ausreise gestellt hatten, um auf diese Weise mehr Intellektuelle einzubinden. Die Umweltbibliothek war dann auch die Drehscheibe für die „Initiative Frieden und Menschenrechte". Innerhalb der Initiative gab es die erste Arbeit mit Antragsstellern. Das war die Gruppe „Staatsbürgerschaftsrecht". Da in dieser Gruppe besonders viele hochqualifizierte und seriöse Wissenschaftler waren, haben wir gesagt: Diese brauchen wir für die Ökologiebewegung.

Als diese Menschen Anfang 1988 weggefangen wurden, haben wir uns die Frage gestellt, was wir nun machen sollten. Der erste Gedanke hierbei war, daß wir bei den Staatsbürgerschaftsgruppen herumfahren und den Menschen dort mitteilen, daß wir uns immer sonntags in einer der Berliner Großkirchen träfen. Zunächst hatten wir dabei an die Sophienkirche gedacht.

Unser Motiv, das dahinterstand, war schlicht, dieses intellektuelle Potential in unsere Gruppen einzufangen, dieses Potential zu sammeln. Die Antragssteller sind dann dort gemeinsam mit Gemeindekirchenratsmitgliedern, gemeinsam mit den Gemeindemitgliedern von der Staatssicherheit verprügelt worden. Das bewirkte eine weitere Radikalisierung. – Jedenfalls waren wir damit für diese Menschen ein Anlaufpunkt geworden. Das war völlig neu.

Parallel dazu verlief die Gründung des grün-ökologischen „Netzwerkes Arche". Damit begann für uns eine Zeit, in der wir zielstrebig Strukturen schufen. Wir wollten eine Regionalisierung der DDR erreichen. In der DDR gab es ja 15 Bezirke, wie die Sowjetunion 15 Unionsrepubliken hatte. Wir wollten unsere Umweltarbeit bei den regionalen Zusammenhängen, das heißt bei den mecklenburgischen, bei den brandenburgischen, bei den Thüringer, bei den Lausitzer Umweltproblemen, konzentrieren und dort regionale Netzwerke schaffen. Dabei haben wir uns zunächst einmal – das war ganz wichtig – auf die ökologischen Katastrophengebiete konzentriert. Wir haben also zu Bitterfeld gearbeitet, haben zum Problem des Zerfalls der Stadt Leipzig gearbeitet, haben dieses wichtige Video „Bitteres aus Bitterfeld" hergestellt. Ich meine, daß damit auch eine neue Stufe der Mobilisierung und damit eine immer größere Akzeptanz einherging. Wir waren gefragt, wir wurden immer in die Kirchengemeinden eingeladen; das war die einzige Möglichkeit.

Ich meine, daß gerade die Zeit von 1988/89 von einem immer größeren Zustrom von Menschen, die sich engagieren, sich einsetzen wollten, gekennzeichnet war. Unsere Aufgabe damals war, das irgendwie in Strukturen zusammenzufassen. Wir haben das als Grüne in Richtung grüne Partei wei-

terentwickelt, so ähnlich wie die Sozialdemokratie aus einem Gründerquartett heraus entstand.

Nur war es so – auch das ist interessant –, daß wir bei unseren Westpartnern eigentlich unwillkommen waren. So habe ich das im übrigen auch bei der SPD erlebt. Ich glaube auch, daß die Stellungnahme des ja nicht ganz einflußlosen Walter Momper, nach der man in der DDR nicht solche Abenteuer machen sollte, nicht von ungefähr kam. Während wir in diesem Zusammenhang aus dem Osten – im Baltikum, in Ungarn usw. gab es damals ja schon grüne Parteien – eine Ermutigung erfuhren, beobachteten wir im Jahre 1989 im Westen, auch bei den West-Grünen, Bedenken und Zaudern. (Beifall)

Gesprächsleiter Dr. Armin Mitter: Frau Bohley, Sie haben mir gerade etwas polemisch zugeflüstert, daß Sie niemals in einer kirchlichen Gruppe gewesen seien. Ich möchte Ihnen die Frage stellen, welche Erwägungen Sie dazu gebracht haben, möglichst außerhalb der Kirche zu agieren, und wie das in der Zeit von 1987 bis 1989 konkret gewesen ist.

Bärbel Bohley: Dieser Bereich scheint mir doch wichtig zu sein, weil meines Wissens die Enquete-Kommission zu dem Thema „Kirche und Opposition" schon einmal eine Anhörung durchgeführt hat. Mir ist es wichtig, noch einmal darauf hinzuweisen, daß es auch außerhalb der Kirche Gruppen gegeben hat. Sowohl „Frauen für den Frieden" in Berlin als auch die „Initiative Frieden und Menschenrechte" und das „Neue Forum" waren keine kirchlichen Gruppen. Andererseits hatten wir gegenüber Menschen, die entweder in der Kirche ein Amt hatten oder die sonst Kirchenmitglieder waren und uns nahestanden, auch keine Berührungsängste. Das muß man also schon auseinanderhalten.

Insofern war Herr Stolpe für mich natürlich auch nie ein Regenschirm; das muß ich schon einmal grundsätzlich sagen. Ich würde eher sagen, daß Herr Stolpe etwas anderes war. Im übrigen sind das Dinge, die mit Kirche zu tun haben oder auch nicht zu tun haben.

Auf uns, auf die Gruppe „Frauen für den Frieden", sind damals Leute aus der Kirchenleitung zugekommen und haben erklärt, sie wollten einmal mit uns sprechen. Sie haben also eigentlich den Kontakt gesucht. Ich hatte im Laufe der Jahre auch den Eindruck gewonnen, daß in der DDR Opposition nur in der Kirche stattfinden könnte. Wenn man sich außerhalb der Kirche bewegen wollte, dann ist man daran gehindert worden. Solange das hinter verschlossenen Türen stattfand, konnte man schon eine ganze Menge sagen.

Dann gab es natürlich Auseinandersetzungen, weil wahrscheinlich die Kirchenleitung auch immer einem bestimmten Druck von seiten der staatlichen Organe ausgesetzt war. Wir sind ja nie mitgenommen worden, um die einmal kennenzulernen. Es wäre eigentlich auch eine Aufgabe der Kirchen gewesen, die Menschen zu emanzipieren oder ihnen dabei zu helfen, mit den betreffenden Leuten zu sprechen.

Ich denke, es war das Hauptanliegen der außerkirchlichen Gruppen, die Diskussion über die Fragen zu führen, wie wir selbstbestimmt leben, wie wir selbst Verantwortung übernehmen, wie wir uns beteiligen, wie wir bei den politischen Prozessen mitmachen können. So schlecht die Möglichkeit auch war, so sind wir doch davon ausgegangen, daß man nur einem solchen Wesen Vertrauen entgegenbringen kann, das sich selbst führt.

Insofern hatte ich auch niemals besonderes Vertrauen zu Leuten, die durch die Kirchenleitung geführt worden sind. In der Kirche gab es aber auch Leute, die sich selbst geführt haben. Diese hatten allerdings auch immer Schwierigkeiten.

Man muß das also schon auseinanderhalten. Was ich hier sage, soll die kirchliche Arbeit nicht schmälern, aber ich möchte einfach zum Ausdruck bringen, daß es sehr viele Leute außerhalb der Kirche gab, die sich vielleicht nicht unbedingt in solchen Gruppen wie den unseren organisierten, die aber eine Arbeit betrieben, die ich durchaus als oppositionelle Arbeit bezeichnen würde. Die Mitglieder dieser Gruppen haben sich darüber Gedanken gemacht, wie man das System in dessen ganzer Unbeweglichkeit überwinden könnte. Ob eine solche Gruppe nachher „Demokratischer Sozialismus“ hieß oder ob eine solche Gruppe irgendwie eine parlamentarische Demokratie anstrebte, kann in diesem Zusammenhang einmal außer Betracht bleiben. Das Ziel dieser Gruppen bestand jedenfalls darin, die Bewegungsunfähigkeit in diesem Lande zu überwinden.

Je länger die DDR existierte, um so mehr wurde das Wort „Sozialismus“ in Frage gestellt. Darin waren sich zum Schluß alle einig, daß das, was es in diesem Lande gab, auf keinen Fall „Sozialismus“ war. Was nach einem Dialog und nach einer Veränderung dann herauskommt, das war allerdings offen, und das sollte auch offengehalten werden.

Ich selbst war nach meinem halbjährigen Aufenthalt im Westen der Meinung, daß in diesen Dialog unbedingt der Westen einbezogen werden müßte. Im Westen gab es ja auch sehr viele Leute, die dort an der Antwort auf die gleichen Fragen und an der Lösung der gleichen Probleme interessiert waren. Das zu übernehmen, was im Westen vorhanden war, war also nicht die einzige Möglichkeit.

Von daher kam auch der Gedanke an einen dritten Weg auf. Das war nicht unbedingt ein dritter Weg, der in den Sozialismus führen sollte, sondern das war ein Weg zwischen den Systemen. Irgendwie war nämlich klar, daß beide Seiten veränderungswürdig sind. Das stellt sich jetzt auch mehr und mehr als richtig heraus. Insofern habe ich eigentlich keine Schwierigkeit dabei, aus der einen Opposition in die nächste gerutscht zu sein. Ich denke, da gibt es noch genügend Aufgaben zu lösen. Wenn man das sagt, dann heißt das aber nicht unbedingt, daß man das System jetzt beseitigen will, sondern das heißt,

daß man das System verändern will. Ich denke, die Lösung dieser Fragen steht immer noch vor uns. (Beifall)

Gesprächsleiter Dr. Armin Mitter: Vielen Dank, Frau Bohley. – Carlo Jordan und Gerd Poppe haben auf die Bedeutung hingewiesen, die die Ostkontakte für die Oppositionellen in der DDR hatten. Herr Eppelmann, Sie stehen für jemanden, den man, auch wenn man nicht zur Oppositionsszene gehört hat, durch die Westmedien doch immer wahrnehmen konnte. Welche Bedeutung hatten gerade in der Zeit von 1987 bis 1989 Ihre Kontakte zu Westmedien, und welche Bedeutung hatten auch die sehr häufigen Besuche von Politikern bei Ihnen für Sie persönlich und für Ihre politische Tätigkeit?

Rainer Eppelmann, MdB: Einen Teil davon habe ich ja schon deutlich zu machen versucht, indem ich gesagt habe, daß das zum einen regelrecht ein Stück Schutz gewesen ist. Menschen, die bekannt gewesen sind, konnten nicht mehr so einfach unterdrückt, gequält oder mundtot gemacht werden.

Zum anderen ist zu sagen – das war eigentlich das Wichtigste –, daß wir dadurch die Möglichkeit gehabt haben, über Ereignisse, Stimmungen und Tendenzen, die es in der DDR gegeben hat, zu informieren in den Westen hinein und damit – dadurch wurde das ja eigentlich erst spannend – ungeheuer schnell auch wieder in die DDR zurück. Ich kann mich erinnern, daß es Monate gedauert hat, ehe die Initiative von Christoph Wonneberger, angefangen von ihrer Formulierung in der Dresdner Weinbergsgemeinde, DDR-weit verbreitet gewesen ist. Ich kann mich auch noch daran erinnern, daß ich gemeinsam mit Robert Havemann an die Kirche herangetreten bin – das haben wir gemacht, weil wir uns nicht dem Vorwurf aussetzen wollten, daß wir das alles über die Westmedien machten – und gefragt habe, ob der „Berliner Appell“ nicht über kirchliche Kanäle verbreitet werden könne, weil es sonst Monate dauere, bis dieser Appell innerhalb der ganzen DDR verbreitet sein würde, und daß wir erst dann, als die Kirche nein gesagt hatte, den Weg über die Westmedien gegangen sind. Damit war dieser Appell innerhalb von fünf Minuten verbreitet, weil fast alle in der DDR abends Westfernsehen gesehen und Westradio gehört haben.

Ich glaube, das ist die entscheidende Sache gewesen, daß die Regierenden auf der Basis ihres Informationsnetzes und der Strukturen in der Lage gewesen sind, sich innerhalb kürzester Zeit zu informieren. Wie sollte das bei uns gehen? Sollten tausend Leute per Fahrrad ausschwärmen, um anderen schnell Bescheid sagen zu können, war wir gerade überlegt hatten? – Im Grunde hatten wir also gar keine andere Möglichkeit. Es gab, abgesehen vom staatlichen Fernsehkanal, nur einen funktionierenden Informationskanal. Für uns damals in der DDR war es eine glückliche Situation, daß es das westliche Fernsehen und die anderen westlichen Medien gab.

Hinzu kam das Gespräch mit den Diplomaten. Uns war ganz klar, daß diese Diplomaten das, was wir an Stimmungen und Einschätzungen geschildert

haben, weiterberichten würden, daß der englische, der französische, der italienische, der österreichische oder schwedische Botschafter das nicht für sich behält, sondern daß diese Diplomaten das weitergeben und damit auch mit das Bild bestimmen, das die schwedische, die französische, die italienische oder die amerikanische Regierung von dem haben, was die DDR ausmacht.

Wenn ich mir vor Augen führe, was es trotzdem noch für ein Bild von dieser DDR gegeben hat, für wie gut, wie humanistisch man die DDR gehalten hat, muß ich sogar sagen, daß wir viel zu spät damit angefangen, daß wir viel zuwenig an dieser Stelle gemacht haben. Vielleicht ist es aber auch so, daß den altvertrauten Informationssträngen mehr vertraut worden ist als uns, weil man uns doch nicht so ernst genommen hat.

Es hat immer wieder auch Sachgespräche gegeben, das heißt, wir haben gegenseitig voneinander gelernt. Es ist nicht so, daß nur die gelernt haben, was in der DDR los ist, sondern die haben natürlich auch uns ein Stück von ihren Strukturen, von ihren Vorstellungen und ihren Problemen erzählt.

Wir sind also aus einer nicht selbst gesuchten Isolierung herausgekommen. Wenn es stimmt, daß man ein Stück von dieser Welt sehen, ein Stück von ihr hören muß, um Weltbürger sein zu können, dann muß man in diesem Zusammenhang sagen, daß, abgesehen von ein paar Privilegierten, alle DDR-Bürger Provinzler gewesen sind. Daß uns Amerikaner, Franzosen und Italiener von den Problemen in ihren Ländern berichtet haben, eröffnete uns also eine Chance. Wir haben unsere eigenen Probleme auch ein Stück weit an den Problemen gemessen, die uns in diesen Gesprächen geschildert worden sind.

Ich jedenfalls halte das für etwas ungeheuer Wichtiges. Ich habe auch nie begriffen oder nie begreifen wollen, daß so viele Menschen in meiner eigenen Kirche das als ein Werk des Teufels angesehen haben. Diese Einschätzung hielt ich damals und halte ich auch heute noch für kurzsichtig und für politisch dumm. (Beifall)

Gesprächsleiter Dr. Armin Mitter: Vielen Dank, Herr Eppelmann. Zwei Mitglieder der Kommission möchten jetzt eine Frage stellen. Als erster Herr Professor Jacobsen.

Sv. Prof. Dr. Hans-Adolf Jacobsen: Zwei kurze Klarstellungen zu Themen, die hier diskutiert worden sind: Wie mir scheint, bin ich in hohem Maße in der Annahme bestätigt worden, daß man beim oppositionellen Verhalten zwei Ebenen unterscheiden kann – Herr Poppe, Sie haben das selbst angedeutet –, nämlich zum ersten die Ebene des oppositionellen Verhaltens mit dem Ziel der Reform des Systems, in welche Richtung auch immer, und zum zweiten – auch das haben Sie herausgestellt, Herr Poppe – oppositionelles Verhalten mit dem Ziel der Überwindung des Systems, wobei man dabei nicht unbedingt so weit gehen muß- wie es Frau Bohley schon angedeutet hat – zu sagen, daß die Überwindung mit der Übernahme der westlichen Organisation und

gesellschaftlichen Ordnung gekoppelt sein mußte, sondern daß ein dritter Weg denkbar war.

Möglicherweise – wenn all diejenigen, die hier als Zeitzeugen aufgetreten sind, damit einverstanden sind – kann man hier auch eine interessante Zwischenebene sehen und sagen: Darüber hinaus gab es so etwas wie eine Selbstbehauptung von Personen und Gruppen im Geiste der Humanitas. – So etwas haben Sie, Herr Eppelmann, eben auch erwähnt. Es wurde da gesagt: „Wir gehen nicht. Wir wollen nicht Soldat werden." – Das ist etwas gewesen, was nicht mit dem Gedanken an große Reformen und Veränderungen verbunden war.

Eine zweite Bemerkung: Herr Poppe, ich bitte darum, darauf zu achten, daß hier nicht unnötige Töne anklingen. – Wenn man die Transformation einmal objektiv zu analysieren versucht, dann stellt man fest, daß es – ich glaube, darin werden Sie mir zustimmen können – nicht eine monokausale Erklärung, sondern mehrere Faktoren gibt, die in der jeweiligen Zeit eine unterschiedliche Rolle gespielt haben. Dazu gehören die Entspannungspolitik, die Politik – selbstverständlich, Herr Poppe – der „Solidarität", die Rolle Gorbatschows, die Rolle Ungarns und natürlich – genauso, wie hier mit Recht hervorgehoben worden ist – die bedeutende Rolle der friedlichen Revolution in der DDR.

Das muß man also im Prozeß sehen, und hier wird man wahrscheinlich unterschiedlich gewichten können und müssen. Wenn wir uns so verstehen, dann wird es in unserem zukünftigen Dialog, lieber Herr Gutzeit, auch viel einfacher werden, wird es nicht zu weiteren „Clinches" zwischen uns kommen.

Jetzt komme ich zu meiner Frage, die ich an Frau Bohley und an Herrn Fischbeck richte. Bei all den Darlegungen über die Vorstellungen und Entwicklungen innerhalb der Deutschen Demokratischen Republik, auf welcher oppositionellen Ebene auch immer, ist mir aufgefallen, daß ein Faktor überhaupt nicht angeklungen ist: 500.000 russische Soldaten befanden sich in der DDR.

(**Martin Gutzeit:** Das habe ich gesagt.)

Also 500.000 russische Soldaten! Das DDR-System war also im Grunde von dem großen Bruder abhängig. Letzten Endes konnte im Prinzipiellen nichts geschehen, solange es in Moskau nicht qualitative Veränderungen gab.

Hat in all den Diskussionen im Kreise Ihrer Freunde das Problem eine Rolle gespielt, wie man sich gegenüber den russischen Soldaten verhalten sollte? Es ging ja nicht allein darum, die DDR zu verändern. Die Frage war doch: Was ist das denn – eine Besatzungsmacht, ein „sozialistischer Bruder", ein Freund? Was sind die Russen, die bei uns sind? – Das würde mich interessieren,

weil es überhaupt noch nicht angesprochen worden ist, Frau Bohley und Herr Fischbeck.

Gesprächsleiter Dr. Armin Mitter: Ich möchte gern noch die Frage von Herrn Wilke dazunehmen.

Sv. Prof. Dr. Manfred Wilke: Ich habe eine Frage an Carlo Jordan: – Soweit ich die Parteiakten zu der Aktion um die Sophienkirche kenne, kommen die Aktivisten der Umweltbibliothek in den Gesprächen von staatlicher Seite her sehr wenig vor. Vielmehr ist da die Rede von Pfarrern, die nicht richtig wüßten, was zu tun sei. In Ihrem Vortrag, Herr Jordan, war dies nicht enthalten. Dazu möchte ich gern Ihre Meinung hören.

Meine zweite Frage: Rainer Eppelmann hat als Zeitzeuge beschrieben, daß er Stolpe damals als Schirmhalter empfunden habe. So weit, so richtig. Mich würde aber noch interessieren – für die weitere Diskussion ist das wichtig –, wie sich der Blick in dem Moment geändert hat, in dem man bestimmte Akten einsehen durfte.

Gesprächsleiter Dr. Armin Mitter: Wir machen jetzt eine Schlußrunde. Jeder der Podiumsteilnehmer ist gefragt worden. Ich bitte Sie alle, die an Sie nun noch gestellten Fragen zu beantworten. Frau Bohley beginnt.

Bärbel Bohley: Bezüglich der Russen ist das natürlich in mir doppelbödig. Das gilt sicherlich auch für viele andere Menschen aus meiner Generation.

In gewisser Weise habe ich schon geglaubt, daß wir dadurch, daß wir ein besetztes und geteiltes Land waren, auch die Schulden unserer Väter abgetragen haben. Auch viele Intellektuelle im Westen haben die Teilung wohl als Folge der Geschichte gesehen.

Andererseits haben wir in der DDR auch sehr gut gesehen, wie diese Russen gelebt haben, nämlich wirklich wie Gefangene. Da waren wir eigentlich die Freien und sie die Gefangenen. Mich hat es schon mit Mitleid erfüllt, als ich in Naumburg gesehen habe, mit welcher Menschenverachtung die Russen zum einen von ihren eigenen Vorgesetzten behandelt worden sind und wie sie zum anderen getreten worden sind, wenn sie in einer Gaststätte bloß einen Schnaps haben wollten. Das war wirklich schrecklich.

Natürlich haben wir auch über die Fragen diskutiert, was mit den Russen passiert, wie sich da etwas verändern kann. Robert Havemann hat z. B. gegen Ende der siebziger Jahre gesagt, daß die Russen die DDR an den Westen verkaufen würden, daß sie, wenn sie so weitermachten, nicht mehr in der Lage sein würden, die verschiedenen Länder zu besetzen. Wir haben uns also schon darüber Gedanken gemacht.

Es ist aber auch so – ich glaube, das ist der Hauptgrund für die geistigen Grenzen der Opposition bzw. der oppositionellen Gruppen oder eigentlich für alle Menschen in der DDR gewesen –, daß wir 28 Jahre lang eingesperrt gewesen sind. Das kann man sich heute vielleicht gar nicht mehr so

klarmachen, weil das Gefühl dafür, was da eigentlich los war, so leicht verlorengeht. (Beifall – Zurufe)

Wir waren eingesperrt durch die Russen und durch die eigenen Leute, also auch durch die eigenen Leute. Das würde ich also nicht nur auf die Russen beziehen. Da gab es eine absolute Zusammenarbeit mit dem Ziel, das Volk wirklich in Knechtschaft zu halten. Das muß man schon so sehen. Daß viel von den Russen abhing, war uns also immer klar.

Rainer Eppelmann, MdB: „Die Russen werden uns doch nie freigeben. Angesichts der Opfer, die der Zweite Weltkrieg sie gekostet hat, werden die Russen eine solche Gabe, die sie bis mitten nach Europa bringt, doch nicht freiwillig wieder abgeben." – Das ist nicht bloß meine Überzeugung, sondern auch die Überzeugung vieler anderer gewesen. Deshalb haben wir uns gesagt, daß wir uns Gedanken an eine Vereinigung, zumindest laut ausgesprochene, versagen, es sei denn, wir wären bereit, darüber nachzudenken, daß wir um den Preis eines dritten Weltkrieges wieder vereint sein wollten. Um einen solchen Preis hat das allerdings niemand von denen, die ich kenne und mit denen ich über so etwas geredet habe, fordern wollen.

Vieles von dem, was ich zu tun versucht habe – das sage ich jetzt sehr persönlich –, habe ich deshalb später als relativ erwachsener Mann in dem Bewußtsein gemacht, daß ich das für meine Kinder oder für meine Enkelkinder tue, das heißt, ich habe gedacht, daß dann, wenn es gut läuft, meine Kinder Entscheidendes an Veränderungen merken werden und daß das dann, wenn es nicht gut läuft, vielleicht erst meinen Enkelkindern zugute kommen wird. Mir ist dabei immer wieder das Bild vom Nußbaum eingefallen, der erst einmal gepflanzt werden muß, bevor dann später Nüsse an ihm wachsen. Da ich nun feststellen kann, daß der Nußbaum so schnell wächst, daß ich noch selber davon naschen kann, erlebe ich mich bei allen Problemen heute immer noch als einen sehr fröhlichen und optimistischen Menschen. (Beifall)

Damit komme ich zur Antwort auf die zweite Frage, die an mich gestellt worden ist. Ich danke Manfred Wilke dafür, daß er diese Frage an mich gerichtet hat, so daß ich mit meiner Antwort dazu beitragen kann, daß nicht ein schiefes Bild entsteht. Ich sage noch einmal: Manfred Stolpe ist für mich oft ein kluger Ratgeber, ein zuhörender Mensch, ein Beschützer gewesen. Ich habe überhaupt keinen Grund, über die Erfahrungen, die ich zu DDR-Zeiten mit Manfred Stolpe gemacht habe, nicht so zu berichten, wie ich dies damals erlebt habe. Danach habe ich jedoch festgestellt – das ist für mich sehr schmerzlich gewesen –, daß ich von diesem Manfred Stolpe eben nur die Hälfte kannte, daß er Dinge getan hat, die ich ihm niemals zugetraut hätte. Ich habe also auf einmal die zweite Seite eines Menschen kennengelernt, von dem ich dachte, daß er mir ganz nahesteht, und von dem ich jetzt nur noch sagen kann, daß er mir ferner gar nicht stehen kann.

Das ist für mich nicht bloß Geschehen von gestern gewesen. Ich weiß ja

darum, daß ich dann, wenn ich diese zweite Seite von Manfred Stolpe damals schon gekannt hätte, niemals zu ihm hätte gehen können. Das hat er also auch riskiert.

(Beifall)

Das ist für mich das Traurige an Manfred Stolpe. Richtig betroffen macht mich jedoch – wenn mich Manfred Wilke nun schon einmal provoziert und mich dazu gebracht hat, sage ich das auch –, wie Manfred Stolpe heute mit seiner Vita umgeht, das heißt, daß er mit der größten Selbstverständlichkeit denkt, für ihn gebe es andere Rechte als für andere. Das macht mich richtig sauer. (Beifall)

Gerd Poppe, MdB: Herr Professor Jacobsen, wenn wir uns darin einig sind, daß es für uns alle überraschend war, mit welcher Geschwindigkeit der Status quo sein Ende erreicht hat, dann haben wir sicherlich auch kein Problem damit, diese Vorgänge nicht monokausal zu erklären, was ich auch nie gemacht habe. Natürlich gab es eine Vielzahl von Einflüssen. Sehr wichtig ist die Fluchtbewegung, ist das Ausscheren von Polen, von Ungarn aus dem sogenannten sozialistischen Lager, ist natürlich der desolate Zustand der Wirtschaft in den realsozialistischen Systemen selbst.

Die Politiker, die ja immer eine große Weitsichtigkeit für sich in Anspruch nehmen, haben zwei wichtige Probleme übersehen oder zumindest unterschätzt. Das eine war der tatsächliche Zustand des Wirtschafts- und Gesellschaftssystems der DDR und natürlich auch der anderen östlichen Staaten. Dieser Zustand war bei weitem katastrophaler, als es vom Westen her analysiert worden ist. Das zweite war, daß die Akzeptanz dieser Systeme durch die Bevölkerung immer weitaus geringer war, als es vom Westen her angenommen worden ist. Auch war oppositionelles und widerständiges Verhalten viel ausgeprägter, als man das von westlicher Seite her vermutet hat. Das hat diese Anhörung auch in besonderem Maße gezeigt.

Jetzt möchte ich Ihnen noch kurz auflisten, was wir am 10. Dezember 1987 anläßlich des Tages der Menschenrechte in einer Erklärung der „Initiative Frieden und Menschenrechte“ an Forderungen aufgestellt haben: Durchsetzung von Rechtsstaatlichkeit und Gewaltenteilung, Garantie elementarer Menschenrechte, Presse- und Medienfreiheit, Streikrecht, Versammlungs- und Vereinigungsfreiheit, Abschaffung des politischen Strafrechts. – All diese Forderungen sind damals schon erhoben worden, und zwar nicht nur in dieser einen Gruppe, sondern in mehreren Gruppen.

Noch eine Bemerkung zu der Skepsis gegenüber dem westlichen Parlamentarismus, die in diesem Papier zum Ausdruck kommt: Ich bin der Meinung, daß diese Skepsis durchaus ganz reale Wurzeln hat. Nach dreieinhalb Jahren in diesem Deutschen Bundestag kann ich durchaus sagen, daß es dort vieles gibt, was kritikwürdig ist.

Schließlich noch ein Zitat aus dem erwähnten Papier, aus dem hervorgeht, daß es eine zunehmende Distanz gegenüber der sozialistischen Utopie gegeben hat.

Hier heißt es:

> „Der Einsatz für als unveräußerlich betrachtete Menschenrechte bedeutet zwangsläufig, gesellschaftliche Entwicklungen nicht mehr an einer bestimmten Ideologie, einem bestimmten utopischen Gesellschaftsbild messen zu können."

Dies ist doch eindeutig.

Abschließend möchte ich Ihnen aus dem genannten Papier noch einen Satz nennen, der unser Handeln sehr geprägt hat. Jedenfalls haben wir versucht, danach zu handeln. In diesem Satz kommt ein hoher Anspruch zum Ausdruck, nämlich der, daß die Oppositionellen versuchen sollten, noch nicht zugestandene Rechte so wahrzunehmen, als wären sie bereits ihnen zugestanden, als wäre dies Bestandteil ihres legitimen Handelns. (Beifall)

Carlo Jordan, MdA: Ich möchte kurz auf die Frage von Herrn Professor Jacobsen zu unserer Beziehung zu den Sowjettruppen eingehen. – Es gab Probleme, hauptsächlich Umweltprobleme, durch die enorme Militärkonzentration. Diese Probleme hatten wir schon seit einiger Zeit, wenn auch sehr behutsam, thematisiert. Im Jahre 1987/88 gab es dann von der Umweltbibliothek aus einen offenen Brief an Michail Gorbatschow. Wir haben darin gefordert, daß auch bei den in der DDR ständig stationierten Sowjetsoldaten die Todesstrafe abgeschafft wird. Das haben wir gemacht, weil wir mehrfach miterlebt hatten, daß Sowjetsoldaten, die sich von der Truppe entfernt hatten, gejagt und, nachdem sie gefaßt waren, vor Ort liquidiert wurden. Diesen Brief haben wir auch AP und der sowjetischen Botschaft übergeben.

Das führte zu einer harten Auseinandersetzung auch in der Opposition. Ich wurde dafür kritisiert. Es wurde gefragt, wie man nur einen solchen Brief schreiben könne. Es hieß, das sei doch kontraproduktiv. Ich habe aber eben mehrfach miterlebt, wie sowjetische Soldaten gejagt wurden. Einfach aus Menschlichkeit und aus Abscheu vor der Todesstrafe habe ich diesen Brief geschrieben.

Etwas anderes dazu: Im Sommer 1989 war ich auf dem Friedensmarsch in Litauen. Da haben wir gemeinsam mit litauischen Grünen Militärstützpunkte besetzt. Wir haben uns schlicht vor den Generalstab dort gesetzt. Das war ein riesiger Flugstützpunkt. Dann riefen alle Litauer: „Beri chinel – idi damoi!" („Nimm Deine Jacke – geh nach Hause!")

Ich wußte, daß ich das nie würde rufen können, denn die Russen, die in Deutschland sind, sind dort, weil es eine deutsche Schuld am Zweiten Weltkrieg gibt. Selbst noch in das Konzept der Grünen Partei hinein hat sich deshalb das Konzept der deutschen Konföderation fortgesetzt. Wir

haben gesagt, daß wir ein gutes Einvernehmen finden, daß wir einen Friedensvertrag schließen und auf der Basis eines solchen Friedensvertrages die Sowjetsoldaten ähnlich wie die Westalliierten aus dem konföderierten Deutschland herausbekommen müssen. Das war unsere Überzeugung im Herbst 1989.

Damit komme ich zu der Frage von Manfred Wilke: Es war in der Tat so, daß es im „Netzwerk Arche“ eine Gruppe namens „Sozialökologische Partnerschaft“ gab. Diese Gruppe hat sich immer sehr intensiv zunächst um die Antragsteller gekümmert. Das funktionierte mit ganz kleinen Zetteln. Wir wußten, wo sich die Antragsteller in den sogenannten Staatsbürgerrechtsgruppen treffen, und wir haben denen einfach einen kleinen Zettel gegeben mit der Mitteilung: „Nächsten Sonntag Sophienkirche.“

Plötzlich gab es dann einen Konflikt im „Netzwerk Arche“, und zwar zwischen Werner Pethke, der diese Gruppe leitete, und Andreas Passarge. Andreas Passarge war so etwas wie der Adjutant von Manfred Stolpe und hatte in der Woche mindestens ein oder zwei Gespräche mit Bruder Stolpe. Plötzlich drängte Andreas Passarge dann in diese Arbeit hinein, und er sammelte die Antragssteller. Er ging dann mit den Antragstellern aber nicht in die Großkirchen im Stadtzentrum, sondern er fuhr immer in die Vororte, z. B. nach Malchow oder nach Eggersdorf. Am 1. Mai fuhr man dann irgendwo anders hin.

Jedenfalls waren diese Konflikte, die sich im Frühjahr 1988 im Zentrum von Berlin ergeben hatten, damit erst mal wieder abgestellt. Parallel dazu sollte sich insbesondere der Pfarrer der Bekenntnis-Gemeinde – das war in der damaligen Zeit Pfarrer Hilse – in erster Linie für die Antragsteller öffnen. Die Antragsteller haben bei ihm eigentlich den festesten Anlaufpunkt gefunden und dort an jedem Sonntag ihre thematischen Gottesdienste abgehalten.

Dr. Hans-Jürgen Fischbeck: Ich möchte gern zwei Bemerkungen machen. Mit meiner ersten Bemerkung möchte ich mich auf die Frage von Herrn Professor Jacobsen beziehen.

Die Gegenwart der Sowjettruppen in der DDR hatte für viele Widerständige eine lähmende Wirkung in bezug auf ihre Bereitschaft, aus ihrer puren Verweigerungshaltung und Ablehnung herauszugehen und statt dessen Opposition zu organisieren, weil auf der Hand lag, daß es keinen Zweck hat, daß in der DDR erst dann Änderungen möglich sind, wenn sich in der Sowjetunion etwas ändert.

Im Jahre 1985 war es dann aber so, daß sich in der Sowjetunion etwas geändert hat. Das hat für mich und für viele andere auch die Geschäftsgrundlage des 6. März 1978 geändert. Ich konnte diesen Modus vivendi mit dem Staat nachvollziehen, solange ich feststellen mußte, daß das auf nicht absehbare Zeit die Gesellschaft, der Staat, die verstaatlichte Gesellschaft war, in der wir zu leben hatten, daß wir also damit auskommen mußten.

Nachdem es aus unserer Sicht diese Geschäftsgrundlage nicht mehr gab, war nun eben unsere Forderung an die Kirche, daß sie ihre Haltung gegenüber dem Staat ändert, zwar nicht in dem Sinne, daß sie den 6. März aufkündigt, aber in dem Sinne, daß sie den Staat bei dem Wort nimmt, das sozusagen Gorbatschow gesagt hat. Das hat die Kirche aber nicht getan. Das war unser Konflikt mit der Kirche, der durch die Ökumenische Versammlung zum Teil aufgelöst oder gemildert wurde.

Die zweite Bemerkung geht auf das zurück, was zu Manfred Stolpe gesagt wurde. Für mich sind viele Worte der Bergpredigt bestimmend, aber ein Wort aus der Bergpredigt ist für mich besonders wichtig. Dieses Wort lautet: „Richtet nicht, auf daß ihr nicht gerichtet werdet!“ Ich habe Vertrauen zu Manfred Stolpe gehabt, und ich habe es noch. Das gilt auch nach dem, was aus den Stasi-Akten zu meiner Kenntnis gelangt ist. Dabei beziehe ich mich auf die Expertise von Ehrhart Neubert zum Untersuchungsausschuß im Brandenburger Landtag. Was ich da gelesen habe, hat auch mich beklommen gemacht – das will ich nicht bestreiten –; nach meiner Auffassung – dafür kann man viele gute Gründe anführen – ist aber der Ort der Wahrheit das Gespräch. Ich kann nur und erst im Gespräch mit Manfred Stolpe, das natürlich so nicht ohne weiteres möglich ist, dazu irgendetwas sagen. Leider ist es so, daß ein Gespräch in der Öffentlichkeit nicht möglich ist, weil das immer ein Pranger wäre, und an einem Pranger kann ein Gespräch nicht stattfinden. Das kann dann auch nicht der Ort der Wahrheit sein. Mein Vertrauensverhältnis zu Manfred Stolpe – das sage ich, auch wenn viele hier ganz anderer Ansicht sind – ist nicht gebrochen. (Beifall – Zuruf/Jürgen Fuchs: Aber es gibt doch die Fakten!)

Markus Meckel, MdB: Die sowjetischen Truppen sind ein ganzer Themenkomplex, über den man ausführlich reden müßte, was aber jetzt nicht möglich ist. Ich möchte dazu nur in ein paar Stichworten etwas sagen.

Daß sowjetische Truppen bei uns waren, hing einmal zusammen – das ist schon gesagt worden – mit dem Erbe, mit den Folgen des Zweiten Weltkrieges, der von uns Deutschen ausgegangen war. In diesem Bewußtsein lebten wir immer. Gleichzeitig gab es aber auch die Erfahrung, in einem wahrhaftig besetzten Land zu leben. Ich war lange Pfarrer in einer Gemeinde, an die ein großer sowjetischer Flugplatz mit vielen Truppen angrenzte. Ich habe mir immer gewünscht, einmal eine Karte zu sehen, aus der hervorgeht, wo die Russen überall sind, welche Fläche das in der ganzen DDR ist.

Ich muß sagen, das war auch für mich ganz persönlich eine Dauerbelastung. Es erfüllte einen mit tiefem Groll mitanzusehen, wie sich die Russen wirklich als Besatzer verhalten haben, und zwar bis zuletzt. Über die Zeit, in der es bei uns dann schon die Demokratie gab, will ich in diesem Zusammenhang nicht reden, obwohl auch dazu einiges zu sagen wäre.

Für mich war es dann durchaus ein Triumph, als Außenminister daran

mitwirken zu können, daß dies alles ein Ende hat, und zwar ein solches Ende, das den Frieden in Europa nicht gefährdete und gleichzeitig uns Deutschen die Einheit brachte. Beides zusammen hatten wir vorher so nicht erwartet. Daß dies möglich war, betrachte ich heute noch als Geschenk.

In den achtziger Jahren gab es viele Diskussionen über eine Blockfreiheit oder Neutralität Deutschlands. Insbesondere Martin Gutzeit und ich haben uns solchen Überlegungen nie angeschlossen. Ich erinnere mich an Gespräche im Jahre 1987, als wir uns vor Augen führten, daß der 50. Jahrestag des Kriegsendes bevorstand. Wir haben damals überlegt, daß wir zu diesem Zeitpunkt einen Abzug der Truppen fordern müßten, ohne daß dies eine Auflösung des Blocks hätte bedeuten sollen. Jedenfalls war es für uns ein klares Ziel, daß die Russen weg müssen. Wie das konkret zu erreichen war, war unklar. Klar war aber, daß dies in unsere Handlungsoption hineingehörte, wobei das, wie gesagt, nicht einen Austritt aus dem Militärblock, sondern vorerst nur eine Veränderung der Blöcke bedeuten sollte. Wir meinten: Diese und die Beziehungen zwischen ihnen müssen entmilitarisiert werden. Das wiederum schafft Demokratisierungsmöglichkeiten.

Das waren also die Perspektiven, in denen wir Veränderungen erhofften. Die Frage der Selbstbestimmung war für uns eine ganz zentrale Kategorie, die wiederum mit der nationalen Frage zusammenhing. Zu Selbstbestimmung und zur nationalen Frage ist hier ja schon einiges gesagt worden.

Die historische Verantwortung, die Erkenntnis, daß wir in einer gemeinsamen Verantwortung leben, hat gerade die DDR-Regierung immer geleugnet. Wir dagegen haben gesagt, daß diese Verantwortung zu unserer Geschichte gehört. Gerade viele Aktivitäten des Jahres 1990 gingen auf die Wahrnehmung genau dieser Verantwortung zurück, in die wir uns gestellt fühlten. Im Jahre 1990 haben wir zum erstenmal in der DDR-Geschichte als Regierung diese Verantwortung zum Thema gemacht.

Wenn ich von nationaler Identität rede, dann ist das ja nicht nur etwas Angestammtes, sondern es ist auch etwas, zu dem ich mich zu verhalten habe. Auch das ist wiederum eine Frage von Selbstbestimmung, eine zentrale Frage, vor der wir auch heute bei der Verarbeitung des Verhältnisses von Nationalität und Demokratie stehen.

Bärbel Bohley: Ich möchte nur einen Vorschlag machen. Ich habe nämlich das Gefühl, daß hier noch etwas fehlt. Ich finde, daß zu der Problematik Ausreise unbedingt noch eine Sitzung stattfinden muß.

Vorsitzender Rainer Eppelmann: Das wird in Berlin stattfinden.

Bärbel Bohley: Vielleicht könnte man das auch mit einer Diskussion verbinden, die über die Frage hinausgeht, was das, was es an Folgen gegeben

hat, für die gegenwärtige und die künftige Politik bedeutet. Anderenfalls wäre das nur eine Kulturveranstaltung, und dafür wäre es zu schade.

Gesprächsleiter Dr. Armin Mitter: Zum Abschluß übergebe ich an Herrn Eppelmann.

Vorsitzender Rainer Eppelmann: Ich möchte bei dieser Gelegenheit ganz offiziell auf diese Veranstaltung hinweisen, weil ich sehe, daß es erfreulicherweise noch einige gibt, die bei unserer Anhörungstournee mit uns ziehen. Am Montag, dem 11. April, um 10.00 Uhr in Berlin-Lichtenberg (Zuruf: Lichtenberger Kongreßzentrum, ehemaliges Stasi-Offizierscasinol!) findet eine öffentliche Anhörung unserer Kommission zu der angesprochenen Frage statt, welche Bedeutung die Ausreise, die Fluchtbewegung usw. hatten.

Mein abschließender Satz: Ich hoffe, es ist deutlich geworden, daß die Menschen, die in den letzten zwei Tagen hier als Zeitzeugen gesprochen haben, sich nicht als Anarchisten verstanden, daß sie also nicht Menschen sind, die Widerstand um des Widerstandes oder um eines Prinzips willen leisteten, sondern daß wir darum bemüht gewesen sind, unsere eigenen Lebensverhältnisse und die der Menschen um uns herum bunter, vielfältiger, menschlicher zu machen, und zwar immer im Spannungsverhältnis von Mittun und Verweigern. An den Stellen, an denen uns das gut oder unterstützenswert erschien, haben wir das versucht, und an den Stellen, bei denen wir meinten, daß es so nicht weitergehe, haben wir uns mit mehr oder weniger großem Erfolg verweigert.

Ich habe den Eindruck, daß dies eine Aufgabe ist, die auch noch heute und morgen zu leisten ist, das heißt, es muß immer wieder entschieden werden: „Kann ich, darf ich, muß ich jetzt mittun; kann ich, darf ich, muß ich mich jetzt verweigern?“ – In der Hoffnung, daß es uns immer wieder gelingt, eine richtige Antwort auf diese Frage zu finden, wünsche ich Ihnen alles Gute.

(Ende der Sitzung: 18.28 Uhr)